

Rede von Oberbürgermeister Andreas Hesky zum Bürgertreff 2009 im Bürgerzentrum Waiblingen am 14. Januar 2009

Sehr geehrter Herr Stellvertretender Ministerpräsident, lieber Herr Minister Goll,
sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,
sehr geehrte Mitglieder der Ortschaftsräte,
verehrter Ehrenbürger, geschätzter Herr Dr. Gauss,
sehr geehrte Vorgänger im Amt, lieber Herr Dr. Schmidt-Hieber, lieber Herr Dr. Gebhardt,
verehrte Kollegen aus den Nachbarkommunen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
verehrte festliche Versammlung,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich begrüße Sie alle sehr herzlich zum Bürgertreff 2009 und freue mich über Ihr Kommen. Vielen Dank für die guten Neujahrswünsche, die meine Frau und ich von Ihnen soeben entgegen nehmen konnten. Wir dürfen diese von ganzem Herzen erwidern und hoffen, Sie hatten einen guten Start in das neue Jahr und konnten es mit Elan und Schwung beginnen.

Erlauben Sie mir, auf weitere namentliche Begrüßungen zu verzichten und auf die Power Point Präsentation zu verweisen, auf der die Namen der vielen Ehrengäste – die sich hiermit persönlich begrüßt fühlen mögen - zu lesen waren.

Zu Beginn eines Jahres hegt man manchmal die Hoffnung, so manche Last des alten Jahres sei dort geblieben. Doch nach den ersten 14 Tagen, die das Jahr 2009 mittlerweile alt oder noch jung ist, stellen wir fest, dass die Themen und Herausforderungen unverändert im neuen Jahr bestehen.

Nichts Wesentliches hat sich durch Zeitablauf oder Aussitzen erledigt. Nach wie vor sind wir aufgefordert, zu handeln und uns eigene Gedanken zu machen, wie wir mit Schwierigkeiten, Aufgaben, Herausforderungen, Problemen oder Chancen umgehen und sind gefordert, den Wandel selber zu gestalten. Das ist auch gut so! Denn nichts ist schlimmer, als ein lethargisches Abwarten und Schauen, was sich denn ergibt oder wenn andere für uns entscheiden. Zögern und Zaudern oder gar ängstliche Sorge helfen nicht weiter.

Handeln, eigene Vorstellungen entwickeln, analysieren und Schlüsse ziehen, sind Zeichen einer aktiven Gesellschaft, Zeichen einer aufgeweckten und wachen Stadt, die mit dem Blick für die Menschen ihren Weg geht und dort anpackt, wo angepackt werden muss.

Und bei allem was wir tun, muss der Mensch im Fokus stehen.

Das haben wir auch im Jahr 2008 und in den Vorjahren so gemacht. Niemand lebt nur aus dem Hier und Jetzt. Wir haben eine Vergangenheit, unsere Stadt und wir Menschen. Und wer seine Wurzeln und seine Geschichte kennt, tut sich leichter, von einer gesicherten Basis den Weg in die Zukunft zu planen. Wir leben aus Erfahrungen, die wir gemacht haben und wir leben von den Erfahrungen, von den Leistungen derjenigen, die vor uns handelten.

Genauso besteht aber auch die Pflicht, darauf zu achten, dass wir denjenigen, die nach uns kommen, Möglichkeiten offen halten, Chancen und Perspektiven bieten, damit auch sie noch frei sind im Gestalten, frei sind im Handeln und wir ihnen ihre Spielräume nicht durch unser Leben und unseren Wohlstand nehmen.

Das Wort der Generationengerechtigkeit gilt in die Vergangenheit genauso wie in die Zukunft. Und nur wer sich immer wieder dessen bewusst ist, dass man im Nachhinein schlauer ist, aber keiner die Glaskugel hat, mit der in die Zukunft gesehen werden kann, sollte über Geschehenes urteilen. Trotzdem muss jede Entscheidung auf dem Prüfstand der Geschichte bestehen können und erst später wird man sehen, ob es wirklich gut war, wie man entschieden hat.

Jeder, der entscheidet, tut dies auf dem Hintergrund von Wissen, tut dies auf der Grundlage von Fakten, und sollte dies in der Absicht tun, eine optimale Entscheidung für – aus Sicht einer Kommune – die Stadt treffen zu wollen. Diese Verantwortung, das Beste gewollt zu haben, trägt jeder, der entscheidet und sie wird einem nicht abgenommen. Daher müssen Entscheidungen und Lösungen auch im Feuer der öffentlichen Diskussion bestehen können.

Wenn man vor dem Hintergrund dieser Bemerkungen den Blick zurück ins Jahr 2008 wirft, können wir feststellen, dass wir im vergangenen Jahr zahlreiche Feuerproben hatten. Die Anzahl der Einweihungen, Neuerungen, Eröffnungen war wohl selten so hoch wie im vergangenen Jahr.

Der Grüne Ring wurde fertig gestellt und konnte gemeinsam mit dem ersten Bauabschnitt des Postplatz Forums seiner Bestimmung übergeben werden. Beide bereichern seitdem die Innenstadt. Wir spüren durch die zusätzliche Verkaufsfläche und den Magnet am südlichen Ende der Stadt eine Belebung, die auch durch die weitere Tiefgarage mit ihren 220 Stellplätzen begünstigt wird.

Dabei hat sich die WiR Card zu einem bewährten Zahlungsmittel für die Parkautomaten gemauert. Die kostenlose erste halbe Stunde in den Tiefgaragen und die erste kostenlose Stunde auf den Parkplätzen hat ohnehin das Thema Parkgebühren zu der schönsten Nebensächlichlichkeit in Waiblingen gemacht. Manche fragen mittlerweile, ob sie nicht ein paar Punkte der WiR-Card freiwillig für das Parken spenden können.

Noch ein Wort zum Postplatz Forum: Der Kaufvertrag für den zweiten Bauabschnitt wurde Ende Juli 2008 mit Matrix, dem Investor des ersten Bauabschnitts, unterzeichnet. Der Zeitplan sieht vor, mit dem zweiten Bauabschnitt Mitte des Jahres 2009 zu beginnen, so dass im Jahr 2010 der Eingang zu unserer schönen Altstadt komplettiert sein wird. Da ich immer wieder gefragt werde, was denn mit dem zweiten Bauabschnitt ist: Es muss sich also niemand wundern, dass noch nicht begonnen wurde.

Im Jahr 2008 wurden wichtige Entscheidungen getroffen. So hat der Gemeinderat nach einer intensiven Diskussion und Meinungsbildung sich mehrheitlich zum Marktdreieck bekannt, dessen Sanierung Mitte 2009 beginnt. Ich bin mir dessen bewusst, dass das Marktdreieck nicht von allen geliebt wird. Gleichzeitig ist das Marktdreieck ein Markenzeichen unserer Stadt, das auffällig ist und beachtet wird. Mit der Entscheidung, die Bücherei wieder in

das Marktdreieck zurück zu holen und die Räume zu sanieren, bewahren wir diesen Teil unserer Innenstadt. Es ist bedauerlich, dass es nicht gelingt, das gesamte Gebäude energetisch zu sanieren, sondern nur den Teil der Bücherei. Ich hätte mich darüber gefreut, wenn wir das gesamte Haus dämmen und den Energieverbrauch drastisch reduzieren könnten.

Die dafür notwendigen Kosten sind, wie wir der Tageszeitung vom Samstag entnehmen konnten, trotz hoher Energiepreise nur schwer zu amortisieren. Aber die Heizenergie, die wir jeden Tag durch die dünne Blechfassade im Winter an die Umwelt abgeben, oder die Energie, die wir zum Kühlen brauchen, um im Sommer Arbeitsplätze bereit zu stellen, an denen noch erträgliche Temperaturen herrschen, ist endlich und damit kostbar, vor allem, wenn deren Verbrauch vermeidbar ist. Und wenn man sich die Unsicherheiten der Versorgung mit fossiler Energie vor Augen hält und realisiert, dass wir, die westliche Welt, zum Spielball von großen Unternehmen oder von Staaten werden, muss jedem klar sein, dass es ein Ziel werden muss, diese Situation zu ändern.

Neben den Unsicherheiten in der Gasbelieferung kam im Jahr 2008 noch hinzu, dass wir von Spitzenpreisen für Öl und Gas zu Tiefstpreisen kamen, die aber nicht durch das Zu-Ende-Gehen der Quellen oder die Entdeckung neuer Lagerstätten begründet waren, sondern durch Spekulanten an den Börsen ausgelöst wurden, die ein Interesse an steigenden oder fallenden Ölpreisen hatten. Dies ist eine neue Dimension des Ausgeliefertseins und der eigenen Machtlosigkeit. Die Energie und ihr Preis sind zu wichtig, um nicht selbst darauf Einfluss gewinnen zu müssen.

Mit unseren Stadtwerken haben wir ein Unternehmen, das uns bei dieser Aufgabe aus kommunaler Sicht gut unterstützen kann. Seit Mitte 2008 sind die Stadtwerke Eigentümerin des gesamten Stromnetzes im gesamten Stadtgebiet. Das hat für unsere Einwohner einen großen Vorteil: Ihnen steht nun der günstige Top-Tarif beim Strom und beim Gas zur Verfügung. Ein Standortvorteil, der sich auf den privaten Geldbeutel der Waiblinger Bürgerschaft direkt positiv auswirkt.

Als die Preise für Energie sehr hoch waren, wurden Stimmen laut, die einen Sozialtarif für Energie forderten. Aber ist es wirklich der richtige Weg, die wirtschaftliche Kraft der Stadtwerke in die Subvention von Energiepreisen fließen zu lassen oder wäre es nicht besser zu versuchen, uns stärker von fossilen Energien unabhängig zu machen?

Die Nutzung der Wasserkraft der Rems ist sehr gut ausgebaut. Potentiale liegen im Bereich der Photovoltaik, der Solarthermie, in Biogasanlagen und in der Nutzung der Windkraft. Nun denke ich nicht unbedingt an Windkraftanlagen auf dem Schmidener Feld, die mir auch schon vorgeschlagen wurden. Wobei, wenn man sich das Bild vor Augen hält, könnte das Schmidener Feld mit einem Windpark zu einer romantischen Landschaft mutieren, die an den Urlaub an der Nordsee erinnert. Dadurch könnte die hohe Bedeutung des Schmidener Feldes als Naherholungslandschaft durch das Siegel „mit Nordseeflair“ gesteigert werden und Hegnach würde zum Kurort. Ein gewisses Reizklima könnte sicher attestiert werden.

Im Ernst: Auch wenn Windkraftanlagen, die bei uns wohl wenig Sinn machen, aber auch Biogasanlagen oder Holzheizkraftwerke nicht überall beliebt sind und nicht unbedingt einen Schönheitspreis erhalten, müssen wir uns darüber im Klaren werden, dass die Energie dort zu erzeugen ist, wo sie verbraucht wird. Nämlich bei uns!

Wir werden uns die Frage stellen, ob wir vom Öl und Gas so stark abhängig bleiben wollen oder ob es nicht besser ist, auch Anlagen zur Erzeugung von regenerativer Energie bei uns und in unserer Landschaft zu akzeptieren.

Und eines dürfen wir nicht vergessen: Sollten wir einmal die Windkraft und Bioenergie nicht mehr benötigen, können wir diese Anlagen mit geringem Aufwand und ohne Schaden für die Landschaft oder Gefahr und Belastung kommender Generationen zurückbauen - im Gegensatz zu Großkraftwerken, gleich mit welchem Brennstoff sie betrieben werden. Dafür die Erlöse der Stadtwerke einzusetzen, in den umfassenden Ausbau der erneuerbaren Energien, ist meines Erachtens der bessere Weg und lohnend.

Unsere Stadt ist bisher die einzige Stadt im Rems-Murr-Kreis, die auf Anhieb den European Energy Award, also den Europäischen Energiepreis, den eea, in Silber erhalten hat. Im Interesse des Klimas ist es gut, wenn uns andere Kommunen nun nacheifern. Waiblingen hat sich auch an die Spitze der Bewegung zur Gründung einer Energieagentur gemeinsam mit dem Rems-Murr-Kreis gestellt.

Zu Beginn des neuen Jahres wurde die Stromversorgung unserer städtischen Gebäude, also Rathäuser, Schulen, Kindergärten und Hallen sowie die Straßenbeleuchtung auf Öko-Strom, der mit Wasserkraftanlagen erzeugt wird, umgestellt. Auch dieses Licht wird durch Strom aus Wasserkraft gespeist und ist damit „Grüner Strom“, was Sie aber an der Lichtfarbe nicht sehen.

Sie sehen, die Wahrheit liegt im Konkreten. Wer die Schonung von fossilen Energien fordert, muss sich an den eigenen Taten messen lassen. Und wir sind wieder zurück in der Innenstadt: Das Marktdreieck gehört zu den Gebäuden, die am meisten Energie verbrauchen.

Zu den Entscheidungen, die im Jahr 2008 ihre Bewährungsprobe hatten, gehört auch die Entscheidung, eine städtische Galerie zu bauen. Natürlich war das ein Wagnis.

Wir können heute feststellen: Der Anfang ist geglückt. Mit der am vergangenen Sonntag zu Ende gegangenen Rembrandt-Ausstellung wurden Besucherzahlen erreicht, von denen wir nicht zu träumen wagten. Die Rechnung ist aufgegangen, auch wenn die Investitionen und Anstrengungen hoch sind. Es ist jedoch immer lohnenswert in die Kultur zu investieren. Die Ausstellungen in der Galerie zeichnen sich durch Qualität und Perfektion aus. Das ist unser Anspruch. Freuen wir uns auf Wilhelm Busch ab 30. Januar!

Allerdings darf in Waiblingen die Galerie Stihl nicht ohne die Kunstschule gesehen werden. Zu eng und zu vernetzt sind beide Einrichtungen. Sie war nicht nur der Durchbruch bei der nicht einfachen Entscheidung für den Bau der Galerie, sondern sie ist jetzt auch der Garant für einen guten Sockel an steten Besuchern, die nicht nur Kunst genießen, sondern sie sich auch erläutern lassen wollen.

Über 520 Führungen in den ersten beiden Ausstellungen sind kein Zufall, sondern sie sind ein Beleg für die Richtigkeit des Ansatzes, dass die Kunstvermittlung neue Horizonte und damit auch neue Besuchergruppen erschließt. Und auch dort gilt: Die Qualität macht es. Diese Investition in die Bildung hat sich mehrfach gelohnt.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle den Sprung in die Bildungspolitik. Sie war im Jahr 2008, wie in den Vorjahren auch, im Feuer des Diskurses der öffentlichen Meinung. Im vergangenen Jahr mehr in der Landespolitik. Im Jahr 2009 werden wir Kommunen uns mit ihr verstärkt zu befassen haben und die Weichen richtig stellen müssen.

Wir alle spüren, dass wir mit dem bisherigen dreigliedrigen System nicht mehr optimal für den gesellschaftlichen Wandel gerüstet sind. Die Durchlässigkeit zwischen der Haupt- und Realschule sowie dem Gymnasium ist meist nur von oben nach unten gewährleistet. Spätzügler, die erst nach Klasse 5 entdecken, dass Bildung Spaß macht, haben kaum die Chance, den Abschluss zu erzielen, zu dem sie fähig wären und nach wie vor kommt die individuelle Förderung von Starken und von Schwachen zu kurz.

Schulversuche und Modellprojekte sollen helfen, die Lücken zu schließen und den richtigen Weg zu erkennen. Einen gewissen Erfolg konnten unsere Grundschüler beim jüngsten IGLU Test, das hat nichts mit Fischstäbchen zu tun, sondern heißt, Internationale Grundschul-Leseuntersuchung, erzielen. Unsere Grundschüler liegen im Leseverständnis über dem EU-Durchschnitt. Das ist die gute Nachricht.

Die weniger gute Nachricht für uns: Bezogen auf Deutschland liegen die Baden-Württembergischen Grundschüler hinter denjenigen der neuen Bundesländer. Das liegt vor allem an den Versäumnissen der Integrationspolitik. Kinder mit Migrationshintergrund haben immer noch schlechtere Bildungschancen.

Unsere ganze Kraft muss daher nach wie vor in das Erlernen der deutschen Sprache für Kinder im Kindergarten gesteckt werden. Dort werden die Grundlagen für die Schulkarriere gelegt – oder versäumt zu legen. Und das sind wir unseren ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern schuldig. Wir müssen sie integrieren und ihnen ihre kulturelle Identität belassen.

Dabei rede ich nicht davon, dass Grundwerte der abendländischen Kultur aufgegeben werden. Ganz im Gegenteil. Unsere Grundwerte sind Voraussetzungen für eine gelingende Integration. Es muss klar sein, dass akzeptiert wird, dass Frauen und Männer gleiche Rechte haben, dass Zwangsheiraten inakzeptabel sind und Ehrenmorde bestraft werden müssen.

Wir können in Waiblingen zufrieden sein mit der Integration. Das Altstadtfest, das gute Miteinander der Menschen unterschiedlicher Nationen zeigt, dass es richtig war, auf den persönlichen Kontakt zu setzen, um Vorurteile abzubauen oder am besten erst gar nicht entstehen zu lassen. Integration heißt für mich, die Menschen zu sehen und ihnen helfen, ihren Platz in der Gesellschaft, in unserer gemeinsamen Gesellschaft zu finden. Das wird aber nur dann gelingen, wenn jeder Mensch die Bildung erhält, die für ihn passt und sich an seinen Talenten und Fähigkeiten und nicht an seinen sprachlichen Problemen mit der Unterrichtssprache Deutsch orientiert.

Dieser Bildungsanspruch – er gilt für alle Menschen in unserer Stadt - wird auch im Waiblinger Integrationskonzept festgeschrieben werden, das im 1. Quartal 2009 dem Gemeinderat zur Beratung vorgelegt wird.

Es heißt, die Grundschule ist die beste Schule in Deutschland. Wie sieht es aber mit den weiterführenden Schulen aus? Nach wie vor lautet die zentrale Frage, wie wir den Schüle-

rinnen und Schülern, die heute die Hauptschule besuchen, optimale Bildungschancen gewährleisten können. Nicht, dass Sie mich falsch verstehen: Unsere Betriebe, vor allem aus dem handwerklich gewerblichen Bereich, schätzen gute Hauptschulabsolventinnen und –absolventen, weil sie fleißig sind, weil sie sich oftmals unter harten Anstrengungen ihren Weg selbst erarbeitet haben und weil sie manuell geschickt sind.

Es geht daher bei der Hauptschuldiskussion darum, die Stigmatisierung der Hauptschule zu beseitigen und sicherzustellen, allen Jugendlichen eine gute Bildung und damit eine gute Zukunft zu schenken. Ein zentrales Ziel unserer Kommunalpolitik.

Ministerpräsident Oettinger hat im Juli 2008 das Heft des Handelns in der Schulpolitik in die Hand genommen und eine Regierungserklärung zur „Qualitätsoffensive Bildung“ abgegeben und die Rahmenbedingungen der „Hauptschule mit Zukunftsperspektiven“ formuliert. Im Dezember 2008 hätte das Kabinett diese beschließen sollen, was nun aber erst Ende Januar 2009 ansteht. Die „Hauptschule mit Zukunftsperspektive“ wird künftig mindestens zweizügig und eine Ganztageschule sein und einen mittleren Bildungsabschluss, also einen Realschulabschluss, anbieten.

Um dies sicherzustellen, sollen die jungen Menschen schon in Klasse 5 und 6 Kooperationen mit der Realschule erfahren, in Klasse 7 durch eine Kompetenzanalyse ihre eigenen Stärken erkennen und ab Klasse 8 als manuell begabte Jugendliche über einen Praxiszug oder als Werkrealschüler den Realschulabschluss machen können. Es wird die Bezeichnung „Hauptschule“ aufgegeben und durch „Werkrealschule“ ersetzt. So wird auch die Bildungsempfehlung nach Klasse 4 lauten: Nicht mehr Hauptschule, sondern „Werkrealschule“. Damit ist der Einstieg in den Ausstieg aus der Hauptschule gemacht. Und nun sind wir Kommunen gefordert. Wir wissen, was das Land will. Umzusetzen haben es die Städte.

Waiblingen muss es nicht bange sein. Mit den drei Hauptschulen am Staufer und Salier Schulzentrum sowie an der Friedensschule Neustadt, die ein Ganztagesangebot haben und eine Realschul-Kooperation auf dem jeweiligen Campus ermöglichen, sind wir optimal gerüstet. Aber wie sieht es mit den anderen Hauptschulstandorten in Waiblingen aus? Die Ganztageschule wird künftig nur noch an zweizügigen Hauptschulen mit Werkrealschule möglich sein. Der Kabinettsbeschluss liegt zwar noch nicht vor. Aber wir dürfen nicht wie die Katze vor dem Loch warten, sondern müssen von uns aus überlegen, wie wir unsere Schulen aufstellen.

Ich bin mir darüber im Klaren, die anstehenden Diskussionen werden nicht einfach und ein „wir lassen alles wie es ist“, wird nicht möglich sein. Denn wir kommen nicht umhin zu erkennen, dass die Eltern „mit den Füßen abstimmen“ und beim Werben um Einwohner spielt das Angebot an Schulen eine zentrale Rolle. Zudem sinken die Übergangsquoten zur reinen Hauptschule schon heute und stellen dadurch Schulstandorte in Frage.

Es muss doch unser Ziel sein, unseren Kindern, unserer Zukunft, beste und im gesamten Stadtgebiet gleiche Bildungschancen zu bieten. Das werden wir nur schaffen, wenn wir überall die gleichen Angebote im Unterricht und in der ergänzenden Betreuung vom Mittagessen bis zur Hausaufgabenhilfe, ergänzenden sportlichen und musikalischen Angeboten haben.

Die Entwicklung in den Ortschaften hat bereits eingesetzt und wir stehen vor der Situation, wie sie vor fast zwei Jahren prognostiziert wurde. Im Nachhinein ist es gut, dass Ortschaftsräte und der Gemeinderat 2007 nicht bereits die Weichen stellten. Wir hätten damals auf den Ausbau einer einzügigen Hauptschule in Bittenfeld gesetzt. Diese Entscheidung wäre nun zu revidieren. Das Anmeldeverhalten und die Nachfrage der Eltern haben uns teilweise die Entscheidung schon abgenommen. So einfach wird es uns aber nicht überall gemacht.

Im Haushaltsplanentwurf 2009 liegt ein Investitionsschwerpunkt im Bereich einer einzügigen Hauptschule, der Wolfgang-Zacher-Schule. Es wäre unverantwortbar, heute in eine Hauptschule, die nicht den Vorstellungen des Landes entspricht, zu investieren. Bis sich das Land entschieden hat, dürfen hier keine Investitionen getätigt werden, auch wenn sie schon in den Haushaltsplanentwurf 2009 aufgenommen sind. Dies bedeutet, dass wir, um nicht in einen Investitionsstau zu kommen, die ursprünglich für die Folgejahre vorgesehenen Investitionen vorziehen sollten. Das macht auch mit dem Konjunkturprogramm von Bund und Land Sinn, genauso wie die schnellere Sanierung der Friedensschule Neustadt.

Das Land hat die Schulhausbauförderung und Sportstättenbauförderung jeweils von 12 Millionen Euro auf 40 Millionen Euro im Rahmen des Konjunkturpakets aufgestockt. Diese Chance dürfen wir uns nicht entgehen lassen. Die Verwaltung hat die Pläne für den Neubau der Turnhalle am Staufer Schulzentrum in dieser Woche so aufbereitet, dass sie am Freitag beim Regierungspräsidium persönlich abgeben werden können, um im laufenden Verfahren berücksichtigt zu werden.

Dies ist eine zukunftsichere Investition die auf dem Sportentwicklungsplan aufbaut und dem Grundsatz folgt, den der Gemeinderat auf seinen Klausurtagungen 2008 entwickelt hat: Sporthallen und Sportplätze haben dann Priorität, wenn sie für den Schulsport UND für den Vereinssport benötigt werden. Es geht sogar noch weiter: Durch das Konjunkturpaket und die Schulentwicklung ist zu prüfen, die am Salier Schulzentrum erst 2014 vorgesehene neue 3 teilige Sporthalle mit Aula deutlich vorzuziehen.

Waiblingen kann und wird seinen Beitrag zum Konjunkturprogramm leisten. Lassen Sie uns die anstehenden Investitionen weiterhin überlegt im Interesse der Bauwirtschaft, im Interesse von Arbeitsplätzen und vor allem im Interesse der Menschen in unserer Stadt angehen. Auch die Rundsporthalle darf nicht auf die lange Bank geschoben werden, denn unsere Vereine und unsere Stadt haben eine repräsentative Sportstätte verdient. Der Gemeinderat wird sich in seinen nächsten Sitzungen und auch im Haushaltsplanverfahren das nun ansteht damit beschäftigen. Sofern der Gemeinderat die notwendigen Beschlüsse fasst, können Sie, Herr Stellvertretender Ministerpräsident Goll, im Kabinett gerne berichten, dass die Bagger in Waiblingen bereit stehen und losfahren, wenn das Land es will.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin mir dessen bewusst, dass dies keine leichte Kost ist. Alles so zu lassen, wie es ist, eingefahrene Wege weiter zu gehen, kostet meist weniger Kraft. Aber dies gilt nur auf den ersten Blick. Die Veränderung wird kommen und sie hat uns bereits erreicht, wenn wir die aktuelle Schulstatistik ansehen. Die Augen zu verschließen, nur darauf zu warten, was das Land will und sich dann hinter dem Land zu verstecken, ist keine Politik der Verantwortung und der Gestaltung.

Die Stärke der kommunalen Selbstverwaltung ist die den Kommunen, also uns Menschen vor Ort, dem Gemeinderat und den Ortschaftsräten zugetraute Kompetenz, die eigenen An-

gelegenheiten selber in die Hand zu nehmen und so zu regeln, wie sie am Ort am besten zu regeln sind.

Sehen wir für Waiblingen und seine Ortschaften vor allem die Chance, den Standortvorteil gegenüber dem ländlichen Raum auszubauen. Wir sollten froh sein, dass wir nicht die Diskussionen, die in den entlegenen Winkeln des Landes geführt werden, führen müssen. Unsere Eltern haben die Auswahl, in welche Schule sie ihr Kind geben wollen. Jede Schule befindet sich im Wettbewerb um Schülerinnen und Schüler. Eine gute Schullandschaft zeichnet nicht nur die Schulen aus, sondern auch die Stadt. Dafür haben die vor uns tätigen Generationen viel getan. Dieses zu bewahren wird dann gelingen, wenn wir bereit sind, die notwendigen Änderungen aus eigenem Entschluss herbeizuführen und heute die Weichen richtig stellen. Denn die Veränderungen kommen. Die Frage ist nicht **wann**, sondern **wer** wird am besten, am flexibelsten und schnellsten darauf reagieren können. Ich bin zuversichtlich, dass uns dies gelingen wird. In sachlichen Diskussionen mit dem Blick für die Menschen.

Weltweite Veränderungen mussten wir auch im Jahr 2008 erleben. Wer hätte damit gerechnet, dass unsere Welt in eine Finanzkrise stürzt, die nur schwer zu durchschauen ist. Die Medien sind voll von Erklärungsversuchen und Fachbegriffen aus dem Bankenwortschatzschungel, deren Bedeutung die meisten nicht verstehen. Und ich glaube, das bewirkt einen schlimmen Verlust in unserer Gesellschaft: Wer nicht versteht, kann sich vieles nicht erklären, wer sich etwas nicht erklären kann, verliert das Vertrauen. Und das Vertrauen verlieren, nicht mehr wissen, **was welche** Auswirkungen hat, **das** ist ein Verlust, der zu Unsicherheit, zu Ängsten führt. Verlorenes Vertrauen zurück zu gewinnen, kostet viel Zeit und große Anstrengungen.

Dabei erschreckt es zu sehen, dass Landesbanken und große Institute plötzlich in den Schlagzeilen auftauchen, weil sie sich an Fusionen verschlucken oder verspekuliert haben. Verwunderlich ist, wie rasch und selbstverständlich unser Staat um Hilfe gebeten wird. Es ist noch nicht lange her, da lautete die Forderung „weniger Staat und mehr Markt“. Heute kommen diese Rufer und verlangen das Gegenteil. Es bleibt uns wohl nichts anderes übrig. Wir können kein Interesse daran haben, dass Banken und in deren Sog Firmen geschlossen werden. Daher ist es richtig, dass Bürgschaften gegeben werden, die Kreditbestimmungen gelockert und Firmen- oder Bankanteile durch den Staat erworben werden, um Arbeitsplätze und das Ansehen der deutschen Wirtschaft zu sichern.

Dies muss aber auch einher gehen, dass diese Unternehmen, die mit öffentlichem Geld wirtschaften, einer Kontrolle durch den Staat unterliegen. Es sind schließlich unsere Steuergelder. Und seit dem Erwerb der 25 % plus eine Aktie der Commerzbank, wurde jeder Steuerzahler und ich hoffe, das sind wir alle, zum Bankier.

Unsere Wirtschaft lebt vom Wettbewerb, auch vom Risiko und von der Erwartung auf Erfolg – und sie lebt vor allem vom Unternehmergeist der Menschen. Die verlässliche Triebfeder unserer Wirtschaft und damit verbunden langfristiger wirtschaftlicher Erfolg ist der Wunsch nach Fortschritt. Hierbei die Wirtschaft zu unterstützen, ihr beste Voraussetzungen zur Erhaltung der Innovationskraft zu geben, sind die Säulen der Wirtschaftsförderungspolitik der Stadt Waiblingen.

Das Kompetenzzentrum Verpackungstechnik und der Erfinderstudiengang der Akademie der Bildenden Künste Stuttgart, der Waiblingen zum Hochschulstandort macht, haben sich in Waiblingen etabliert. Was wir aber brauchen ist eine bessere Vernetzung der Wirtschaft mit der Forschung.

Das Neue in die Welt zu bringen, hier Risikokapital zur Verfügung zu stellen, auch daran zu glauben, dass es Neues geben kann, also etwas geben kann, was einem selbst noch ungläublich oder unbekannt vorkommt, ist lohnend und gehört unterstützt. Menschen ohne Vorstellungskraft haben die Welt noch nie voran gebracht.

Der Gemeinderat der Stadt Waiblingen hat solches Risikokapital im vergangenen Jahr bereit gestellt und investiert: Die Ansiedlung des Erfinderstudiengangs und des damit verbundenen Instituts für Innovation war nicht zum Nulltarif zu haben. Aber die jährlich 30.000 Euro sind ein überschaubarer Betrag für rund 15 Studenten aus aller Welt und im Vergleich mit der erforderlichen Unterstützung in Millionenhöhe durch Kreis und Industrie für den anderen erhofften Studienstandort im Murr-Tal ein bescheidener Betrag.

Waiblingen hat ein hohes Angebot an sicheren und guten Arbeitsplätzen. Jedem, der Arbeitsplätze zur Verfügung stellt und in dieser schwierigen Zeit sichert, sei es im kleinen Betrieb oder im mittelständischen Unternehmen oder bei den in der Stadt ansässigen Weltmarktführern, gilt unsere Dankbarkeit und er kann mit unserer Unterstützung rechnen.

Ein anderes Thema, das uns nach wie vor beschäftigt und auch zentral dafür verantwortlich ist, dass unsere Wirtschaft gute Arbeitsbedingungen vorfindet, ist die Verkehrsgunst. Waiblingen setzt sich nach wie vor und mit ganzer Kraft dafür ein, dass die Überlegungen und Planungen für eine Schienenverbindung zwischen dem Rems-Murr-Kreis und dem Landkreis Ludwigsburg realisiert werden können. Den vielen Pendlern zwischen Waiblingen und Ludwigsburg eine ökologisch verträgliche, pünktliche und bequeme Schienenverbindung zur Verfügung zu stellen, ist ein Ziel, an dem es sich zu arbeiten lohnt.

Genauso wichtig ist, angemessene und leistungsfähige Straßen zu bieten. Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung im Februar 2008 aus dem „Nein, aber“ zur weiteren Neckarbrücke, der sogenannten Andriof-Brücke, ein „Ja, aber“ gemacht. Ein „Ja“ zu einer zweispurigen Brücke und mit einem „Aber“ die Forderung erhoben, diese raschest möglich ins überörtliche Verkehrsnetz einzubinden.

Die Notwendigkeit, den Verkehr aus der Neckarstraße in Hegnach herauszunehmen und ihn weitläufig um Hegnach herum zu führen, wurde nochmals unterstrichen, als das Regierungspräsidium im Dezember 2008 den Rechenfehler im Verkehrsgutachten erläuterte und aufzeigte, dass die LKW-Belastung für Hegnach spürbar höher ist, als bisher prognostiziert.

Diese Nachricht löste im Gemeinderat eine Ablehnung der Brückenplanung aus. Daher hat es mich außerordentlich gefreut, dass mich aus dem Regierungspräsidium Signale erreicht haben, dass es gelingen kann, die Auswirkungen des Rechenfehlers so zu korrigieren, dass die Belastung in Hegnach nicht ins Unerträgliche steigt. Seit dieser Information können wir wieder etwas gelassener dem weiteren Verlauf des Planfeststellungsverfahrens entgegen sehen. Der Gemeinderat wird sich erneut im Februar oder März 2009 mit der Brückenplanung beschäftigen. Wie wichtig diese Brücke ist, wurde auch gestern beim IHK-Empfang durch Herrn Präsident Paal zum Ausdruck gebracht.

Diese Kapriole hat nochmals unterstrichen, dass eine Verbindung der Westumfahrung mit der Neckarquerung notwendig ist. Ich freue mich über die Mitteilung unseres Stellvertretenden Ministerpräsidenten, von Ihnen, lieber Herr Minister Goll, dass Sie Finanzierungsmöglichkeiten des Landes für diese Straße sehen.

Sie haben in Ihrem Interview zum Auftakt des Jahres ausgeführt, dass aus Ihrer Sicht eine Straßenverbindung, ich zitiere „weitläufig um das sensible Schmidener Feld führen muss“ und damit aus Ihrer Sicht von der Tunnellösung Abstand genommen. Das heißt aber auch, dass wir eine Straße bauen würden, die den erwarteten täglichen 15.000 bis 20.000 Fahrzeugen gegenüber der Tunnellösung durchs Schmidener Feld einen Mehrweg von rund 2,4 km aufbürdet. Das hört sich in der Theorie gar nicht so schlimm an. Setzt man es in die Praxis um, sieht es anders aus. Bei einer Höchstgeschwindigkeit – es handelt sich um eine zweispurige Umgehungsstraße und um keine Autobahn – von 80 km/h, sind dies im Minimum 1 Minute und 48 Sekunden Mehrzeit, die jedes Fahrzeug benötigt. Bei 20.000 Fahrzeugen verbringen damit alle Fahrer aufaddiert täglich 2.160.000 Sekunden oder 611 Stunden Zeit „mehr“ am Steuer. Genau so lange länger laufen die Motoren und verbrauchen Benzin.

Wenn man unterstellt, dass ein modernes Fahrzeug 6 l/100km verbraucht, also 60 ccm Benzin pro Kilometer, dann sind das pro Fahrzeug bei 2,4 km Mehrweg rund 144 ccm. Um es im Remstaler Maß auszudrücken: Etwas mehr als ein Achtele. Bei 20.000 Fahrzeugen sind das wiederum 2880 Liter Benzin, die täglich mehr verbraucht werden, pro Jahr rund 1 Million Liter. Das muss man wissen! Für das Sparen von rund 1 Million Liter Benzin pro Jahr, das ist bei einem moderaten Benzinpreis von 1,20 Euro pro Liter, auch die Kaufkraft von rund 1,2 Millionen Euro pro Jahr, sollten wir es uns gut überlegen, ob es nicht sinnvoller wäre für rund 1 Kilometer Tunnel unter dem Schmidener Feld, die geschätzten Mehrkosten von rund 10 Millionen Euro in die Hand zu nehmen. Nach rund 10 Jahren wäre der Tunnel finanziert.

Die Natur würde sich nach 1 bis 2 Jahren das zurückerobert haben, was man sich für den Bau des Tunnels ausleihen müsste. Danach wäre sie nicht mehr tangiert, im Gegensatz zur oberirdischen Straße. Hier sollten wir uns – ausnahmsweise – an unserer Nachbarstadt ein Beispiel nehmen. Der Kappelbergtunnel wurde auch nicht bergmännisch mit einem Stollen gebaut, sondern der Berg wurde nach Herstellung der Röhre wieder aufgeschüttet. Heute wächst dort, auf dem Kappelbergtunnel, einer der besten Weine und die Natur ist absolut intakt. Dies muss uns dazu bewegen, eine ökologisch und ökonomisch sinnvolle Tunnellösung zu favorisieren.

Ich will nun nicht den Eindruck erwecken, dass ich mich jedem Kompromiss verschließe. Man muss sich aber darüber im Klaren sein, was man beschließt und welche Auswirkungen mit den jeweiligen Beschlüssen verbunden sind. Unsere Verkehrssituation werden wir nur dann verbessern können, wenn wir unsere Nachbarn mit im Boot haben. Für Remseck mache ich mir dabei wenig Sorgen. Ich hoffe, dass es gelingt, mit Fellbach die richtige Lösung zu finden.

Auch in anderen Bereichen wird es darauf ankommen, zusammen zu stehen und Solidarität und Gemeinschaft zu beweisen und nicht nur auf eigene Interessen zu bestehen. Ich will die

Gelegenheit nutzen, um auch das Thema Krankenhaus anzusprechen. Um es vorweg zu sagen: Der Beschluss vom Juli 2008 ist gefasst. Er gilt und ist umzusetzen.

Ich will in dieser Sache nicht nachkarten, auch wenn ich anderer Meinung war – und dies nicht erst in letzter Minute, sondern dann, als die Fakten vom Kreis öffentlich gemacht wurden. Für Waiblingen heißt dies nun, sich darauf einzustellen, dass ab 2014 kein Krankenhaus mehr in unserer Stadt ist und wir gemeinsam mit dem Landkreis nach einer Nachnutzung suchen müssen. Natürlich sehe ich dabei vor allem den Kreis in der Pflicht. Es ist sein Grundstück. Das Planungsrecht liegt aber bei der Stadt.

Die Nachnutzung darf sich nicht am zu erzielenden Grundstückspreis orientieren, sondern an den Bedürfnissen der Stadt und ihrer Einwohner. Wir sind im Gespräch mit dem Landkreis und es ist für mich sehr erfreulich, dass wir die unterschiedlichen Meinungen klären, austauschen und nun aber auch gemeinsam in die Zukunft schauen können, ohne dass Wunden offen blieben.

Landkreis und Kommunen sind auf ein gutes Miteinander angewiesen. Jeder Verantwortliche hat seine Aufgabe bestmöglich wahrzunehmen. Auseinandersetzungen sind in der Sache und nicht in der Person zu führen.

Die Zusammenarbeit der Stadt Waiblingen mit dem Landkreis bei anderen Projekten, wie bei der gemeinsamen Energieagentur und bei unserem Kompetenzzentrum Verpackungstechnik und bei vielen weiteren Gelegenheiten wird darunter nicht leiden und es gibt kein persönliches Nachtragen. Ganz im Gegenteil. Wir Kommunen tragen das Kostenrisiko und das Risiko der Wirtschaftlichkeit. Wir müssen alles daran setzen, dass der Neubau in Winnenden die in ihn gesetzten Erwartungen erfüllt. Nur das ist demokratisch und vernünftig.

Persönliche Rängeleien und unverhältnismäßig hohe Ersatzforderungen einer anderen Kommune belasten uns und schaden dem Ansehen des gesamten Kreises. Im Kreistag und in den Gemeinderäten tragen ehrenamtlich Tätige Mitverantwortung. Man muss nicht mit jeder Entscheidung einverstanden sein, aber die Demokratie ist die Entscheidung der Mehrheit über die Minderheit.

Ich sage dies an dieser Stelle im Jahr 2009 angesichts der am 7. Juni anstehenden Kommunalwahl ausdrücklich: Unsere Gemeindeordnung setzt auf das Amt der Stadträtin und des Stadtrats und überträgt ihnen, gemeinsam mit dem Oberbürgermeister, die Verantwortung für die kommunalen Geschicke. Unsere Städte brauchen Frauen und Männer, die sich bereit erklären, dieses Mandat, auch in den Ortschaftsräten, auszuüben. Die Kommunen sind damit in den vergangenen Jahren auch gut gefahren und haben eine sehr gute Entwicklung genommen. Dieses Mandat ist aber auch verbunden mit öffentlichem Lob und öffentlicher Kritik, die man auch aushalten können muss.

Und die Ansprüche an das Ehrenamt werden nicht geringer. Ich denke hier nicht nur an die Mitglieder des Gemeinderats oder der Ortschaftsräte. In den Wochen vor Weihnachten sind doch einige Stimmen bei Veranstaltungen laut geworden, die bei der einen oder dem anderen ehrenamtlich Tätigen zum Nachdenken führten.

Viele Leistungen die von ehrenamtlich Tätigen erbracht werden, könnten vielleicht auch eingekauft werden. Aber der Einsatz von ehrenamtlich Tätigen ist doch eine Bereicherung der

Gesellschaft und jedes Einzelnen. Das hat dann nichts mit Einsparungen zu tun, sondern die menschliche Wärme in einer Stadt entsteht doch daraus, dass sich Menschen bereit erklären, für ein „Dankeschön“ anderen Gutes zu tun, zu helfen, zuzupacken und sich einzubringen.

Unsere Gesellschaft braucht das Ehrenamt, in den Sportvereinen, in den Musik- und Gesangsvereinen, in der Kultur, im Krankenhaus oder im Kindergarten und an Schulen und in Seniorenzentren und nicht zu vergessen im Rettungswesen, wie beispielsweise in unserer Feuerwehr. Und weil es Menschen gibt, die sich ehrenamtlich engagieren, können wir mehr Angebote machen, als wenn wir alles bezahlen müssten. Das ist doch aber kein Lohndumping oder eine Bedrohung von Arbeitsplätzen.

Das Ehrenamt ist der Kitt und das Schmiermittel der Gesellschaft, es schafft eine Verbindung zwischen den Menschen und zwischen den Generationen. Kinder und Jugendliche kommen in Seniorenzentren mit älteren Menschen in Kontakt und sehen, welche Interessen oder Leiden und auch Freuden Menschen im Alter haben können und die ältere Generation erlebt, wie die Lebenswirklichkeit der heutigen Jugend aussieht, welche Musik gehört und selbst gesungen wird.

Das ist manchmal anstrengend, weil der Kontakt zwischen Menschen und vor allem zwischen Menschen unterschiedlicher Generationen schon immer anstrengend war und Reibungen entstanden sind. Aber soll ehrenamtliches Wirken in einer Gesellschaft gelingen, dann müssen zwei Dinge vorhanden sein: Dankbarkeit und Toleranz. Wenn diese beiden Haltungen nicht da sind, kann eine Stadt so viel Anerkennungskultur betreiben und Engagementplaketten verteilen wie sie will. Das Ehrenamt ist ein Geschenk an den Mitmenschen. Wer damit nicht sorgsam umgeht, muss sich nicht wundern, dass nachfolgende Generationen das Interesse am Ehrenamt verlieren und nur noch nach sich sehen.

Das noch junge Jahr 2009 ist geprägt durch eine Stimmung der Unsicherheit. Es ist dadurch gekennzeichnet, dass die Kassen nicht mehr so voll sind wie bisher. Das wird es mit sich bringen, dass die Menschen verstärkt ihre eigene Zukunft auch wieder selber in die Hand nehmen müssen. Wir sollten daher alles daran setzen, eine menschliche Gesellschaft zu bleiben.

Eine Gesellschaft der Dankbarkeit für Geschenke, eine Gesellschaft, die die Not des anderen sieht und eine Gesellschaft, die nicht aus Egoisten besteht, sondern aus Menschen, die sich gerne für die oder den anderen engagieren, ihre Zeit und Kompetenz einbringen und dann den Lohn im „Lächeln und im Dank“ des Mitmenschen sehen dürfen.

Unsere Stadt hat eine Größe, die ein menschliches Miteinander erlebbar machen lässt, in der Anonymität nur der findet, der sie wirklich will. Das zeichnet sie aus, macht Waiblingen als Wohnstandort beliebt, weil Menschen hier rasch eine Heimat finden. Das zu bewahren muss ein Anliegen sein.

Auch meine Familie und ich werden in den nächsten Tagen hier unsere Heimat suchen und wir sind überzeugt, auch finden. Die Umzugskartons sind gepackt und die Übergabe unseres Hauses hier in Waiblingen steht für morgen Nachmittag an. Wir freuen uns darauf, nun „richtige Waiblinger“ werden zu dürfen und sind froh, dass die belastende Zeit, an mehreren Orten zu Hause zu sein, für meine Familie und mich ein Ende hat.

Am Anfang eines Jahres spürt man besonders den Wunsch, zu wissen, was die Zukunft bringt. Victor Hugo sagte, die Zukunft hat viele Namen. Für die Schwachen ist sie das Unerreichbare. Für die Furchtsamen ist sie das Unbekannte. Für die Tapferen ist sie die Chance. Ich wünsche uns, dass wir die Chancen erkennen und sie nutzen. Ich wünsche uns, dass wir immer wieder den Mut aufbringen, auch scheinbar unbequeme Wege zu gehen, weil wir eingefahrene, manchmal auch ausgetretene Wege, verlassen müssen. Ich wünsche uns allen aber die Kraft, die Zukunft erreichen zu können und Ziele anzugehen, die wir uns gesteckt haben.

Auch ich bin nicht frei vom Wunsch, in die Zukunft sehen zu können. Ich meine nun nicht gleich die Ergebnisse von Gemeinderatsabstimmungen, sondern eher allgemein. Wie im vergangenen Jahr, so auch in diesem habe ich um den Jahreswechsel besonders intensiv mein Horoskop gelesen. Dort stand geschrieben, „ein Kollege hilft Ihnen bei einer Herausforderung“. Das habe ich gerne akzeptiert und hoffe, dass das auch Kollege Palm gelesen hat, um es bei den Diskussionen über die Nord-Ost-Tangente unter Beweis zu stellen. Gleichwohl dachte ich mir, dass es nicht schaden kann, diese Aufforderung, die sich wie eine Aufforderung zur interkommunalen Zusammenarbeit anhört, selbst auch zu beherzigen. Lieber Herr Kollege Oswald, am vergangenen Sonntag musste ich beim Weinstädter Neujahrsempfang bei Ihnen eine gewisse Genugtuung konstatieren, dass so mancher Waiblinger in die Nachbarstadt zum Einkaufen fährt.

Da ich weiß, dass Sie, lieber Herr Kollege Oswald, Du, lieber Jürgen, zahlreiche Schwimmringe und Schwimmflügel sowie Badeenten geschenkt bekommen hast, Dir aber das geeignete Gewässer fehlt, darf ich Dir diese 10er-Karte für das Hallenbad Waiblingen schenken. Ein Cabrio-Feeling entsteht bei uns übrigens dadurch, dass man vom Hallenbereich ins Freibecken schwimmen kann. Ich wünsche viel Vergnügen.

Waiblingen hat auch sonst eine sehr gute Ausstattung mit kommunaler Infrastruktur. Dazu gehören unsere Bäder, unsere Schulen, Sporthallen und Sportplätze, dieses wunderschöne Bürgerzentrum oder vielen Hallen in unserer Stadt und ihren Ortschaften. Denken Sie auch an die Galerie und die Kunstschule oder die Familienbildungsstätte und die Volkshochschule. Das zeichnet uns aus und macht uns zu einer Stadt, in der man sich wohl fühlt, die ihren Einwohnern viel bietet und auf die wir alle stolz sein können.

Wenn ich heute in diesen Saal blicke, sehe ich viele Menschen, die in unserer Stadt aktiv sind. Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind diejenigen, die der Stadt Waiblingen ganz besonders verbunden sind. Sie sind auf vielfältige Art die Stützen unserer Gesellschaft.

Sei es in den Vereinen, in Unternehmen, an den Schulen, in den Kindertagesstätten oder in der Verwaltung, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Sie geben unserer Stadt damit ein menschliches Gesicht. Dafür und für Ihren Einsatz und Ihre Verbundenheit mit der Stadt Waiblingen danke ich Ihnen, auch im Namen des Gemeinderats und im Namen von Herrn Ersten Bürgermeister Staab und Frau Baubürgermeisterin Priebe.

Dieser Bürgertreff soll dazu dienen, dass Menschen zusammen kommen, sich zum Beginn eines neuen Jahres austauschen, miteinander sprechen, Nähe finden, damit gesellschaftliche Wärme entsteht, die notwendig ist, um die Herausforderungen bewältigen aber auch die

Chancen des Jahres 2009 nutzen zu können. Beim anschließenden Empfang bei Ratströpfle und Butterbrezeln wünsche ich Ihnen und uns viele gute Gespräche.

Angesichts der Backnanger Bordeaux-Affäre darf ich Ihnen versichern, dass wir unser Ratströpfle nicht in Saffflaschen verstecken, und dass Sie anschließend heimischen Rebensaft genießen können.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und darf Ihnen, auch im Namen meiner Frau, ein gesundes, erfolgreiches und friedvolles neues Jahr 2009 wünschen.

Es ist eine gute Tradition, am Beginn eines neuen Jahres aus dem „Weiß’schen Becher“ zu trinken. Ich tue dies mit Respekt vor den Leistungen derjenigen, die vor mir daraus getrunken haben und mit der Verpflichtung, meine ganze Kraft weiterhin in den Dienst der Stadt Waiblingen zu stellen.

Mit Stolz erhebe ich den Weiß’schen Becher und trinke auf das Wohl der Stadt Waiblingen und ihrer Bürgerschaft.